



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 1 1 - 2 0 0 7
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: Dezernat(e) I

Geschäftsstelle des Magistrats für die Zusammenarbeit mit der
Gesamtbeschäftigtenvertretung; Stellenzusetzung

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 398.451,56 Euro
 in %: 0,4 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2020	Personalkosten	48.260	48.260		1100080	636000	11 Pers.wirtschaft
	x	2020	Arbeitsplatzkosten	4.850	4.850		1100080	670100	11 Pers.wirtschaft
	x	2021	Personalkosten	98.450	98.450		1100080	636000	11 Pers.wirtschaft
	x	2021	Arbeitsplatzkosten	9.700	9.700		1100080	670100	11 Pers.wirtschaft
Summe einmalige Kosten:				161.260	161.260				

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Es erfolgt eine Stellenzusetzung von 1,0 VZÄ für die Geschäftsstelle des Magistrats für die Zusammenarbeit mit der Gesamtbeschäftigtenvertretung

Anlagen:

Stellenbeschreibung

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- Magistrat und Gesamtpersonalrat am 6. Dezember 2016 eine Absichtserklärung zur Bildung einer Gesamtbeschäftigtenvertretung unterschrieben haben.
- es sich bei der Gesamtbeschäftigtenvertretung um ein weiteres, gesetzlich nicht normiertes und daher freiwilliges Element der Beteiligungsstruktur handelt. Dieses setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern des Gesamtpersonalrats, der Personalräte aller Dienststellen einschließlich der Eigenbetriebe und der Betriebsräte aller mittel- oder unmittelbaren Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden.
- sich die Gesamtbeschäftigtenvertretung und der Magistrat seit 2017 zu regelmäßigen Konsultationen zusammenfinden.
- in den Konsultationen personelle, organisatorische und wirtschaftliche Angelegenheiten, die alle oder wesentliche Teile der Kommune und ihrer Beteiligungen betreffen oder miteinander verbinden, beraten werden.
- im Rahmen dieser Konsultationen verschiedene Projekte angestoßen werden, die gesamtstädtisch (inklusive der städtischen Gesellschaften) umgesetzt werden sollen. Die Umsetzung solcher umfangreichen Projekte ist mit den vorhandenen Personalressourcen aktuell nicht abzudecken. Es ist daher die Zusetzung einer Stelle im Umfang von 1,0 VZÄ erforderlich.

2. Es wird beschlossen:

- Zum Stellenplan 2020/2021 wird bei dem Personal- und Organisationsamt im Bereich 110210 (Arbeitsschutz, interner Service und Beteiligungsrechte) eine zusätzliche Planstelle (Umfang=1,0 VZÄ) im Stellenwert A 12 HBesG für die Geschäftsstelle des Magistrats für die Zusammenarbeit mit der Gesamtbeschäftigtenvertretung geschaffen.
- Im Rahmen der Neuregelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat I/Amt 11 ab dem 01.01.2020 um 1,0 VZÄ zu erhöhen.
- Die Entscheidung über die Zusetzung der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 53.110 Euro in 2020 und 108.150 Euro in 2021 wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen getroffen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

1. Historie

Bereits im Sommer 2001 ergriff der Gesamtpersonalrat erstmals die Initiative, um einen Konzernbetriebsrat zu implementieren. Es fanden hierzu Gespräche mit dem damaligen Oberbürgermeister und der Stadtkämmerin statt. Nach Vorlage eines Entwurfs für eine Vereinbarung zur Konzernarbeitnehmersvertretung im Frühjahr 2002 durch den Gesamtpersonalrat sind noch weitere Gespräche mit dem Oberbürgermeister, dem Personaldezernenten und dem Stadtkämmerer durchgeführt worden. Die Diskussion ging bis in das Jahr 2004 hinein und blieb dann bis zum Jahr 2014 ergebnislos.

Ab dem Jahr 2014 wurde die Thematik wieder verstärkt aufgegriffen, die Vorstellungen noch einmal konkretisiert und die rechtlichen Möglichkeiten der Bildung einer Gesamtbeschäftigtenvertretung geprüft.

Mit Beschluss Nr. 0611 vom 13. September 2016 hat der Magistrat der Absichtserklärung zur Bildung einer Gesamtbeschäftigtenvertretung zugestimmt und die entsprechende Umsetzung beschlossen.

Am 6. Dezember 2016 wurde sodann die Absichtserklärung zur Bildung einer Gesamtbeschäftigtenvertretung von Herrn Oberbürgermeister Gerich und Frau Unkhoff als Gesamtpersonalratsvorsitzende unterzeichnet.

Bei der Gesamtbeschäftigtenvertretung handelt es sich um ein freiwilliges, gesetzlich nicht normiertes Konsultationsforum zur stadtweiten Interessensabwägung und -formulierung. Die Gesamtbeschäftigtenvertretung kann gegenüber dem Magistrat in personellen, organisatorischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Ämter, Eigenbetriebe und Gesellschaften gleichermaßen betreffen oder miteinander verbinden, Empfehlungen aussprechen und fungiert regelmäßig als Diskussionspartner. Im Wesentlichen soll die Gesamtbeschäftigtenvertretung die strategische Entwicklung der Kommune und ihrer Beteiligungen unterstützen sowie zur Verbesserung der Kooperation und Kommunikation untereinander beitragen.

2. Aufgaben der Geschäftsstelle des Magistrats für die Zusammenarbeit mit der Gesamtbeschäftigtenvertretung

Die Organisation der Gesamtbeschäftigtenvertretung, d. h. die Geschäftsführung, erfolgt durch den Gesamtpersonalrat.

Die Geschäftsstelle des Magistrats in dieser Angelegenheit ist beim Personal- und Organisationsamt, dort im Sachgebiet 110210 „Arbeitsschutz, interner Service und Beteiligungsrechte“, angesiedelt.

Zu den Aufgaben der Geschäftsstelle des Magistrats gehört es unter anderem - alternierend mit dem Gesamtpersonalrat - Einladungen und Protokolle betreffend die gemeinsamen Beratungen zu erstellen.

Da sich die Beratungsthemen nicht nur auf die Stadtverwaltung, sondern auch auf die Beteiligungsgesellschaften erstrecken (müssen), ist eine engmaschige Abstimmung des Magistrats mit den Betriebs- und Geschäftsführungen erforderlich. Um die eingebrachten Themen umfassend und zielführend bearbeiten zu können, bedarf es hierzu intensiver Gespräche, rechtlicher Recherchen und ein Auseinandersetzen mit den personellen, organisatorischen und rechtlichen Gegebenheiten in allen städtischen Bereichen und ihrer Beteiligungen.

Der Geschäftsstelle des Magistrats müssen insoweit Befugnisse erteilt werden, unmittelbar mit den städtischen Beteiligungen zu kommunizieren und aufgebrachte Themen zu beraten und zu recherchieren.

Zur Vernetzung der Kommune und ihrer Beteiligungen sowie zur Verbesserung der Kooperation und Kommunikation bzw. zur Entwicklung strategischer Ansätze hierzu, ist es erforderlich, im Personal- und Organisationsamt, 110210, eine neue Stelle zu schaffen, um dieser wichtigen Tätigkeit in ausreichendem und zielführendem Umfang gerecht zu werden.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

Eine Vernetzung der Kommune und ihrer Beteiligungen trägt auch dem demografischen Wandel nachhaltig Rechnung.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Eine zielführende Aufgabenwahrnehmung ist mit den derzeit zur Verfügung stehenden Personalressourcen nicht möglich.

Wiesbaden, 02.9.2019

110210 Frau Göbel ☎ 4168 kg

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister

Y:\010400 Allgemein\Magistrat\WinKoSi - Dateien für Sitzungen\19-V-11-2007\2019-07-10 SV 19-V-11-2007.doc

11	1102	110210